

CARSTEN MÜLLER

International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

157

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

157

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Carsten Müller

International zwingende Normen
des deutschen Arbeitsrechts

Mohr Siebeck

Carsten Müller, geboren 1972; 1992–1998 Studium der Rechtswissenschaften in Köln und Paris; 1998 Erstes juristisches Staatsexamen; 1998–1999 und 2001–2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln; 1999–2001 Wissenschaftliche Hilfskraft ebendort; 2001 Zweites juristisches Staatsexamen; seit 2004 Rechtsanwalt in Düsseldorf.

978-3-16-158536-4 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148834-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2004/2005 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen.

Danken möchte ich meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Martin Henssler für die Unterstützung bei der Arbeit an dieser Dissertation, die ich während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter des von ihm geleiteten Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln geschrieben habe. Gleichfalls danken möchte ich dem Zweitgutachter Herrn Professor Dr. Heinz-Peter Mansel, der das Thema vorgeschlagen und die Veröffentlichung in dieser Schriftenreihe angeregt hat.

Danken möchte ich ebenfalls Frau Clea Ketels für die Hilfe bei den Korrekturen der Arbeit.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, die mich – nicht nur bei dieser Arbeit, deren Vollendung meine Mutter leider nicht mehr miterleben durfte – immer unterstützt haben.

Köln, im Oktober 2005

Carsten Müller

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
<i>Kapitel 1</i> Begriff der international zwingenden Normen nach Art. 34 EGBGB/Art. 7 EVÜ	5
I. Art. 34 EGBGB im System des internationalen Schuldvertragsrechts	5
II. Die Stellung der international zwingenden Normen im Arbeitsrecht	90
III. Ergebnis	164
<i>Kapitel 2</i> Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf die arbeitsrechtlichen international zwingenden Vorschriften	167
I. Einschränkungen der Anwendung durch die Grundfreiheiten	168
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für die zwingende Durchsetzung	209
<i>Kapitel 3</i> Die einzelnen international zwingenden Normen im Bereich des Arbeitsrechts	265
I. Einleitung	265
II. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses	267
III. Die Durchführung des Arbeitsverhältnisses	325
IV. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	399
V. Ergebnis	422
Literaturverzeichnis	427
Sachverzeichnis	457

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
<i>Kapitel 1</i> Begriff der international zwingenden Normen nach Art. 34 EGBGB/Art. 7 EVÜ	5
I. Art. 34 EGBGB im System des internationalen Schuldvertragsrechts	5
1. Regelungsmethoden zur Vermeidung der Anknüpfung an ein ausländisches Recht	5
a) Rein nationale Sachverhalte	6
b) Abweichende objektive Anknüpfung	6
c) Rechtswahlfestigkeit der Schutzbestimmungen des objektiv angeknüpften Rechts zugunsten der schwächeren Partei	7
d) Durchsetzung von Verbraucherschutznormen durch Art. 29a EGBGB	7
e) Ordre public	7
f) International zwingende Normen	9
2. Die grundsätzliche Anerkennung international zwingender Normen	9
a) Normgehalt des Art. 34 EGBGB	9
b) Methode der Anwendung von international zwingenden Normen	11
3. Die von international zwingenden Normen geschützten Interessen	13
a) Die geschützten Interessen als Auslegungskriterium oder als Inhalt des Art. 34 EGBGB?	14
(1) Begriffliche Einschränkung auf Normen zum Schutz öffentlicher Interessen	15
(2) Schutz öffentlicher Interessen als Auslegungskriterium	16
(3) Begriffliche Differenzierung	17
b) Die durch Art. 34 EGBGB gesetzten Grenzen für international zwingende Normen	17
(1) Einheitliche Auslegung des Begriffs der international zwingenden Normen	19
(2) Auslegung des Art. 7 EVÜ nach völkerrechtlichen Grundsätzen	20
(a) Auslegungsgrundsätze	22
(b) Wortlaut	24
(c) Systematik	25
(d) Teleologische Auslegung unter Berücksichtigung historischer und rechtsvergleichender Elemente	26

aa) Entscheidende Berücksichtigung der teleologischen Auslegung	26
bb) Effektivitätsgrundsatz	26
cc) Berücksichtigung der Aufnahme eines ausdrücklichen Vorbehalts in Art. 7 EVÜ	27
dd) Auswirkungen für die Auslegung des Art. 34 EGBGB	30
(aa) Grundsätzliche Berücksichtigung der vorherigen Rechtslage	30
(bb) Einschränkungen durch Effektivitätsgrundsatz	30
(cc) Erforderlichkeit der Untersuchung der in den einzelnen Vertragsstaaten angewandten Grenzen	30
(3) Der Begriff der international zwingenden Normen in den Rechtsordnungen der Vertragsstaaten des EVÜ	31
(a) Italien	31
(b) Frankreich	34
(c) Belgien	36
(d) England	39
(e) Dänemark	42
(f) Niederlande	42
(g) Österreich	48
(h) Ergebnis	49
c) Die geschützten Interessen als Auslegungskriterium	52
(1) Nur geringfügige Einschränkung des deutschen Gesetzgebers bei der Bestimmung von international zwingenden Normen	52
(2) Normen mit ausdrücklicher Regelung ihres Anwendungsbereichs	53
(3) Normen ohne ausdrückliche Regelung ihres Anwendungsbereichs	54
(a) Grundsätzliche Differenzierung nach den geschützten Interessen	54
(b) Gründe für die Anwendung individualschützender Normen als international zwingende Normen aufgrund der Vorgaben des deutschen Rechts	55
aa) Grundrechtlich gebotene Anwendung von Normen des deutschen Rechts	56
(aa) International zwingende Normen zur Umsetzung staatlicher Schutzpflichten auf dem Gebiet des Privatrechts	56
(bb) Abgrenzung zum <i>ordre public</i>	58
α) Berücksichtigung von Wertungen beim <i>ordre public</i> und Erfordernis einer unmittelbar anwendbaren Norm für international zwingende Normen	58
β) Unmittelbar anwendbare grundgesetzliche Bestimmungen	59
γ) Durchsetzung positiver Gehalte durch international zwingende Normen in Abgrenzung zum <i>ordre public</i>	60
(cc) Einfluss des Auslandsbezuges auf die Erforderlichkeit einer grundrechtlich gebotenen international zwingenden Norm	60
α) Schutzgewährung im internen Recht durch zwingende Normen als Ausnahmefall	60

β) Vergleichbare Berücksichtigung des Auslandsbezuges beim ordre public	62
γ) Internationale Anwendung der Grundrechte außerhalb des ordre public	63
(dd) Mögliche Anwendungsfälle in der Rechtsprechung	68
α) Ansatzpunkte in der Zweitregisterentscheidung	68
β) Würdigung	69
bb) Anwendung aufgrund internationaler Vorgaben für das deutsche Recht	72
cc) Ordnungsinteressen	73
(aa) Koordination mit Ordnungsinteressen	73
(bb) Entsprechende Interessen auch bei im Vordergrund stehendem Individualschutz am Beispiel der Entgeltfortzahlung	73
α) Ordnungsinteresse	75
β) Einordnung in ein Gesamtsystem	76
4. Die Wirkung von international zwingenden Normen und geschützte Interessen	78
a) Die Wirkung von international zwingenden Normen bei geschützten öffentlichen Interessen	78
(1) Grundsätzlich absolute Durchsetzung	78
(2) Mindestschutz auch bei dem Schutz öffentlicher Interessen möglich	79
(3) Aufspaltung bei Normen des öffentlichen Arbeitsrechts	79
(a) Sanktionierung öffentlichen Rechts durch das Privatrecht	79
(b) Auswirkungen von Entscheidungen auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	80
b) Die Wirkung von international zwingenden Normen bei geschützten individuellen Interessen	81
(1) Abweichende Interessenlage bei Normen zum Schutz individueller Interessen	81
(2) Ausführungen des Generalanwalts Léger in der Rechtssache Ingmar	83
(3) Allgemeine Tragfähigkeit der Begründung	84
(a) Auslegung der betroffenen Vorschriften	84
(b) Grundrechtliche Legitimation des Eingriffs durch international zwingende Vorschriften	85
(c) Offenheit des Art. 34 EGBGB für einseitig zwingende Vorschriften	85
(d) Ablehnende Haltung gegenüber international einseitig zwingenden Normen beruht auf dem Vorverständnis des alleinigen Schutzes von öffentlichen Interessen	86
aa) Vorverständnis für Auslegung prägend	86
bb) Zwingende Regelung auch bei einseitig zwingender Regelung	87
(aa) Begrifflichkeit	87
(bb) Die international zwingende Anwendung	87
(cc) Berücksichtigung des Entwurfs von 1972	88
(dd) Terminologische Einschränkungen	88
(ee) Ergebnis	89
(4) Normen zum Schutz sowohl der Öffentlichkeit als auch Privater können erfasst sein	89

II. Die Stellung der international zwingenden Normen im Arbeitsrecht	90
1. Zwingende Vorschriften gemäß Art. 27 Abs. 3 EGBGB.....	91
a) Verhältnis zu Art. 30 EGBGB	91
b) Verhältnis zu Art. 34 EGBGB	93
2. Verhältnis des Art. 34 EGBGB zu Art. 30 EGBGB.....	94
a) Art. 30 EGBGB als abschließende Regelung des internationalen Arbeitsrechts?	94
(1) Anwendungsbereich von Art. 30 EGBGB und Normen im Sinne des Art. 34 EGBGB	96
(a) Anwendungsbereich des Art. 6 EVÜ nach dem Bericht Giuliano/Lagarde	96
(b) Das Verhältnis der Vorschriften in der Regierungsbegründung.....	97
aa) Art. 30 EGBGB als <i>lex specialis</i>	97
bb) Problematik der Differenzierungen der Begründung	98
(aa) Differenzierung zwischen Fällen der Rechtswahl und Fällen fehlender Rechtswahl	98
(bb) Ausrichtung auf Art. 34 Abs. 1 EGBGB-E	99
(c) Frage nach dem Ausschluss von international zwingenden Normen als relevante Fragestellung	101
aa) Eingeschränkte Bedeutung dieser Fragestellung für Normen, die öffentliche Interessen schützen	101
(aa) Grundsätzlich parallele Anwendung.....	101
(bb) Problematik im öffentlichen Interesse den Schutz von Arbeitnehmern einschränkender Normen	103
bb) Verbleibender Anwendungsbereich der Fragestellung.....	104
(aa) Abgrenzung bei Zugrundelegung der Ansicht, dass international zwingende Vorschriften nur öffentlichen Belangen dienen können.....	104
(bb) Abgrenzung bei Zugrundelegung eines weiteren Anwendungsbereichs international zwingender Normen....	106
α) Art. 30 EGBGB als abschließende Regelung des internationalprivatrechtlichen Arbeitnehmerschutzes?	106
β) Rechtsprechung zu Art. 29 EGBGB	107
γ) Keine unmittelbare Konkurrenz zwischen Art. 30 EGBGB und Art. 34 EGBGB	109
δ) Auslegung zugunsten einer international zwingenden Anwendung nur in Ausnahmefällen.....	109
ε) Auslegung des EVÜ im Hinblick auf die Zulässigkeit einer Anwendung als international zwingende Norm	110
(d) Ergebnis.....	120
(2) Anwendung von international zwingenden Vorschriften bei Überschneidungen im Anwendungsbereich.....	121
b) Die Frage der Beschränkung auf kollektive Interessen im Arbeitsrecht und ihre konkrete Bedeutung	121

3. Verhältnis des Art. 34 EGBGB zu Art. 32 Abs. 2 EGBGB	123
a) Regelungsgegenstand des Art. 32 Abs. 2 EGBGB	123
b) Anwendungsbereiche	123
(1) Unklarheiten bei der Abgrenzung	123
(2) Anwendung des Art. 32 Abs. 2 EGBGB	124
(3) Von Art. 34 EGBGB erfasste Normen	126
(4) Bestehen einer Schnittmenge	126
c) Vorrang (inländischer) international zwingender Normen im Sinne des Art. 34 EGBGB	127
(1) Vorrang international zwingender Normen	127
(2) Qualifikation als international zwingende Norm	127
(3) Verbleibender Anwendungsbereich des Art. 32 Abs. 2 EGBGB	127
(4) Unterschiede in der praktischen Anwendung	127
(5) Anwendung auf das Arbeitsrecht	128
d) Ausländische Regelungen der Erfüllung	128
(1) Berücksichtigung der Wertung des Art. 32 Abs. 2 EGBGB	128
(2) Materielle rechtliche Aspekte	129
(a) Ermessensausübung des Arbeitgebers	129
(b) Ähnlichkeiten und Unterschiede zu Theorien zur Anwendung ausländischer international zwingender Normen	130
(c) Anwendungsbeispiel	131
4. Ergänzung durch kollektivrechtliche Regelungen	131
a) Der Anwendungsbereich tarifvertraglicher Normen	133
(1) Das Tarifvertragsstatut	133
(2) Der internationale Anwendungsbereich tarifvertraglicher Normen	135
(a) Eigene Anknüpfung oder Teil des Arbeitsvertragsstatuts	135
(b) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	135
(c) Beurteilung	136
aa) Verfassungsrechtliche Beurteilung	136
bb) Tarifvertragliche Normen als Teil der Rechtsordnung	136
(aa) Grundsätzlich Anwendung nur bei identischem Arbeitsvertragsstatut	137
α) Beachtung des EVÜ	137
β) Keine Entziehung aus der Tarifbindung durch Rechtswahl im Arbeitsvertrag	139
(bb) Möglichkeit der Ausgestaltung als international zwingende Norm	141
α) Grundsätzliche Möglichkeit der Schaffung international zwingender Normen	141
β) Problematik der Abweichung von zwingenden Vorschriften ausländischen Rechts durch tarifvertragliche Normen	143
γ) Anwendung ausländischer international zwingender Normen nicht der entscheidende Punkt	143
δ) Zusammenspiel von Kollisionsrecht und materiellem Recht bei der Bestimmung des materiellen Rechts, von dem durch tarifvertragliche Normen nicht abgewichen werden kann	144

ε) Sonderfälle	148
cc) Praktische Anwendung durch das BAG	151
(aa) Rechtsprechung des fünften Senats des BAG	151
(bb) Rechtsprechung des zehnten Senats des BAG	152
(cc) Stellungnahme	152
α) Anwendung der Art. 27 ff. EGBGB auf tarifliche Normen	152
β) Begrenzte Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien?	153
γ) Einfluss der Allgemeinverbindlicherklärung	154
dd) Abweichende Anknüpfung in Sonderfällen	154
(aa) Abweichende Anknüpfung auch für staatliches Recht	154
(bb) Abweichende Regelung durch das AEntG	155
ee) Möglichkeiten der Einbeziehung bei abweichendem Vertragsstatut	155
(2) Anwendung an einem Beispielfall	156
b) Der Anwendungsbereich betriebsverfassungsrechtlicher Regelungen	157
(1) Das Betriebsverfassungsstatut und sein Anwendungsbereich	157
(a) Grundsätzliche Anknüpfung an den Betriebsitz und „Ausstrahlung“	157
(b) Abgrenzung zum Arbeitsvertragsstatut	158
aa) Qualifikation	159
bb) Anwendung am Beispiel des § 102 Abs. 1 BetrVG	159
(2) Der internationale Anwendungsbereich betrieblicher Normen	161
(a) Überwiegende Auffassung zugunsten einer Anknüpfung an das Betriebsverfassungsstatut	161
(b) Anknüpfung betriebsbezogener Normen	161
(c) Vereinbarungen gemäß § 17 EBRG	162
(d) Anknüpfung individualbezogener betrieblicher Regelungen	162
(e) Nach Arbeitsvertragsstatut differenzierende Regelungen	163
(f) Kollision betrieblicher Normen	164
III. Ergebnis	164
<i>Kapitel 2</i> Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf die arbeitsrechtlichen international zwingenden Vorschriften	167
I. Einschränkungen der Anwendung durch die Grundfreiheiten	168
1. Ausgangsfall: Entsendung von Arbeitnehmern	168
2. Relevanz der Grundfreiheiten für das internationale Privatrecht	169
a) Kontrollmaßstäbe	171
(1) Die einzelnen Grundfreiheiten	171
(a) Annäherung der Gewährleistungsgehalte der einzelnen Grundfreiheiten	171
(b) Unterschiedliche Relevanz der einzelnen Grundfreiheiten	172
(c) Besondere Relevanz der Dienstleistungsfreiheit für international zwingende Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsrechts	172

(d) Geringere Relevanz der Niederlassungsfreiheit und der Arbeitnehmerfreizügigkeit in diesem Bereich	173
(2) Anwendung anhand der Dienstleistungsfreiheit	173
(a) Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	173
aa) Begriff der Dienstleistungsfreiheit	173
bb) Abgrenzung zu den übrigen Grundfreiheiten	173
cc) Gewährleistungsgehalte	174
dd) Zugangsbeschränkung erforderlich?	174
(b) Rechtfertigungsgründe für Einschränkungen	176
aa) Die geschriebenen Rechtfertigungsgründe	176
bb) Die „zwingenden Gründe des Allgemeininteresses“	176
(aa) Anwendungsbereich der „zwingenden Gründe des Allgemeininteresses“	176
(bb) Legitime Ziele für „zwingende Gründe des Allgemeininteresses“	178
(cc) Verhältnismäßigkeitsprüfung	179
(3) Anwendung auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit	180
(a) Diskriminierungsverbot	180
(b) Unklare Rechtslage beim Beschränkungsverbot	180
(c) Anwendung auf international zwingende Vorschriften des Arbeitsrechts	181
(d) Anwendung auf die Niederlassungsfreiheit	181
(e) Rechtfertigungsgründe	182
(4) Besonderheiten beim Vorliegen sekundärrechtlicher Normen	182
(a) Einschränkungen des nationalen Regelungsspielraums durch Sekundärrecht	182
(b) Beschränkung auf Mindestvorgaben bei auf Art. 137 EG gestützten Rechtsakten	183
aa) Möglicherweise abweichende Rechtslage bei Art. 95 EG	183
bb) Auf Art. 137 EG gestützte Rechtsakte	184
(aa) Entscheidungen des EuGH	185
α) EuGH Slg. 1998, I-8597	185
β) EuGH Slg. 2001, I-7831	186
(bb) Rechtfertigung der Rechtsprechung des EuGH	187
b) Anwendung auf das internationale Privatrecht	188
(1) Grundlagen	188
(a) Grundsatz der Anwendung	188
(b) Besondere Problematik des internationalen Privatrechts	189
(c) „Binnenmarktkollisionsrecht“?	190
(2) Anwendung des internationalen Privatrechts grundsätzlich mit den Grundfreiheiten vereinbar	191
(3) Fehlende Beschränkung bei Rechtswahlfreiheit	193
(4) Beschränkungen bei Disponibilität der sachrechtlichen Regelung	193
(5) Differenzierung nach der Art der Beschränkungen	195
(a) Diskriminierung	195
aa) Anwendung im Allgemeinen	195
bb) Arbeitsrecht	195
cc) Diskriminierende Behandlung ausländischer Koalitionen	196
(b) Sonstige Beschränkungen	197

3. Einfluss der Grundfreiheiten auf international zwingende Vorschriften	198
a) Besondere Problematik international zwingender Vorschriften im Hinblick auf die Grundfreiheiten	198
b) Beschränkungscharakter steht im Vordergrund	198
c) Überprüfung des Beschränkungscharakters und einer eventuellen Rechtfertigung	199
(1) Theoretische Modelle für die Überprüfung	199
(2) Pragmatische Prüfung durch den EuGH	200
(3) Praktische Brauchbarkeit dieses Ansatzes für international zwingende Normen	200
(a) Gemischte kollisions-/sachrechtliche Prüfung bei international zwingenden Normen	200
(b) Vorrangige Reduzierung des internationalen Anwendungsbereiches	201
(c) Anwendung auf das Arbeitsrecht	205
aa) Relativ gefestigte Rechtsprechung des EuGH	205
bb) Dienstleistungsfreiheit durch Mindestarbeitsbedingungen nicht berührt?	207
d) Einfluss sekundärrechtlicher Regelungen	208
(1) Bislang keine relevanten Einschränkungen	208
(2) Mögliche künftige Einschränkungen nach dem Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt	208
e) Ergebnis	209
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für die zwingende Durchsetzung	209
1. Der Anwendungsbereich gemeinschaftsrechtlicher Normen	210
a) Direkt anwendbare Normen	212
(1) Grundlagen	212
(2) Rechtsgedanke des Art. 3 Abs. 3 EVÜ	214
(3) Verbleibender Anwendungsbereich des nationalen Rechts bei der Anerkennung von Entscheidungen	215
b) Der Umsetzung bedürftige Normen	216
2. Umsetzung im Verhältnis zum EVÜ	219
a) Anwendung unmittelbar anwendbarer Normen des Gemeinschaftsrechts	220
(1) Vorrang des Gemeinschaftsrechts gemäß Art. 20 EVÜ	220
(a) Grundlagen	220
(b) Vergleichbare Wirkung öffentlich-rechtlicher gemeinschaftsrechtlicher Regelungen	221
(2) Weite Auslegung des Art. 20 EVÜ	221
(a) Erfassung auch von Normen mit einem bestimmten räumlichen Anwendungsbereich	221
(b) Keine Bedenken gegen eine solche Auslegung	222
b) Anwendung von Umsetzungsvorschriften des nationalen Rechts	223
(1) Unterschiedliche Vorgaben je nach Art der Regelung	224

(a) Richtlinien mit einer ausdrücklichen kollisionsrechtlichen Regelung.....	224
(b) Richtlinien mit einer Regelung ihres territorialen „Anwendungsbereiches“	225
aa) Ausdrückliche Regelungen des „Anwendungsbereiches“	225
bb) Fehlende ausdrückliche Regelungen	226
(2) Umsetzung durch das nationale Recht.....	227
(a) Beachtung der Vorgaben des Gemeinschaftsrechts bei der Anwendung des nationalen Rechts.....	227
aa) Berücksichtigung der Vorgaben nach dem allgemeinen Stand des Gemeinschaftsrechts erforderlich	227
bb) Bestehen von Vorgaben	228
cc) Umsetzung durch das nationale Kollisionsrecht	229
(aa) Ausdrückliche Umsetzung	229
(bb) Vielfach nicht ausdrückliche oder unzureichende Umsetzung.....	229
α) Beispielsfälle für fehlende und unzureichende Umsetzungen	229
β) Schwierigkeiten einer gesetzlichen Regelung	230
(b) Form der Umsetzung	231
aa) Umsetzungsmöglichkeiten	232
(aa) Analyse der Interessen.....	232
(bb) Umsetzung als international zwingende Norm	232
(cc) Umsetzung als gewöhnliche Kollisionsnorm.....	233
α) Partielle Regelung durch den Gemeinschaftsgesetzgeber	233
β) Umfassende Regelung durch Gemeinschaftsgesetzgeber	234
(dd) Analoge Anwendung des Art. 27 Abs. 3 EGBGB.....	236
bb) Terminologie bei Umsetzung als international zwingende Norm	237
(c) Abgrenzung der Anwendungsbereiche der nationalen Rechte	238
aa) Prinzipielle Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	238
bb) Verbleibender Anwendungsbereich des EVÜ	239
(aa) Zurückdrängung des EVÜ nur soweit für die Umsetzung erforderlich	239
(bb) Durchsetzung bei Anwendung des Rechts eines Drittstaats infolge Rechtswahl	242
α) Relevanz der Fragestellung	242
β) Anwendung der Rechte der Mitgliedstaaten und nicht lediglich der lex fori.....	244
γ) Materiellrechtliche Reduktion der lex fori oder Einschränkung des internationalen Anwendungsbereiches	246
δ) Fehlende bzw. unzureichende Richtlinienumsetzung durch Mitgliedstaaten	249
ε) Frage der analogen Anwendung von Art. 3 Abs. 3 EVÜ auf Richtlinienbestimmungen für das Arbeitsrecht ohne Relevanz.....	252

(cc) Durchsetzung bei Anwendung des Rechts eines Drittstaats aufgrund objektiver Anknüpfung	256
α) Auslegung von Richtlinien, ob sie einen entsprechenden „Anwendungsbereich“ haben	256
β) Bestimmung des anwendbaren Rechts	257
3. Ergebnis	262
Kapitel 3 Die einzelnen international zwingenden Normen im Bereich des Arbeitsrechts	265
I. Einleitung	265
1. Ausdrückliche Regelung in § 7 Abs. 1 AEntG	265
2. Auslegung als international zwingende Norm im Übrigen	266
3. Begrifflichkeit	266
4. Beschränkung auf staatliche Normen	266
5. Gang der Untersuchung	267
II. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses	267
1. Zugang zum Beruf	268
a) Allgemeine Fragen	268
(1) Anwendung des Arbeitsvertragsstatuts auf vorvertragliche Rechtsbeziehungen	268
(2) Einfluss öffentlich-rechtlicher Normen für den Zugang zum Arbeitsmarkt	269
b) Anforderungen an die Berufsaufnahme	270
(1) Qualifikationen des Arbeitnehmers	270
(2) Arbeitsgenehmigung	271
(a) Hinnahme einer fehlenden Nichtigkeit nach ausländischem Arbeitsvertragsstatut	271
(b) Kein Interesse an einer Durchsetzung	271
(c) Keine Berufung des Arbeitgebers auf gemeinschaftsrechtswidrigen Ausschluss eines EG-Ausländers von der Beschäftigung	272
(3) Berufsverbote	272
c) Arbeitsvermittlung	273
(1) Öffentlich-rechtliche Regelungen	273
(2) Regelung der privatrechtlichen Vermittlung	274
(a) Privatrechtliche Vorschriften über Vermittlungsverträge	274
(b) International zwingende Durchsetzung der §§ 296 ff. SGB III?	274
d) Entscheidung des Arbeitgebers über die Einstellung	276
(1) Einstellungsverpflichtungen	276
(2) Auswahlentscheidungen	278
(a) Diskriminierungsverbote	279
aa) Grundlagen im Gemeinschaftsrecht und in den Grundrechten	279

bb) Besonderheiten bei der Anwendung unterschiedlichen Rechts auf verschiedene Arbeitsverträge	282
(aa) Multipolares Verhältnis	282
(bb) Materiellrechtliche Besonderheiten	283
α) Anwendung unterschiedlicher Rechte diskriminierend?	283
β) Unterschiedliche anwendbare Rechte als Rechtfertigung für unterschiedliche Behandlung?	285
cc) Die internationale Anwendung der Diskriminierungsverbote	286
(aa) Allgemein zu berücksichtigende Aspekte bei der Anwendung von Diskriminierungsverboten in internationalen Sachverhalten	286
α) Ordre-public-Verstoß	286
β) Schwierigkeiten der Koordination verschiedener anwendbarer Diskriminierungsverbote	287
γ) Bestehen vorrangiger Vorgaben	287
(bb) Anwendung auf die einzelnen Diskriminierungsverbote	288
α) Diskriminierung wegen der Gewerkschaftsangehörigkeit	288
β) Diskriminierung nach dem Geschlecht	291
γ) Übertragbarkeit auf sonstige Diskriminierungen nach besonderen Merkmalen mit menschenrechtlichem Gehalt	297
δ) Besonderheiten bei der Diskriminierung wegen einer Behinderung	297
ε) Besonderheiten bei der Diskriminierung wegen des Alters	298
ζ) Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	302
η) Sonstige Diskriminierungsverbote	303
(b) Ausgestaltung des Einstellungsverfahrens	304
(2) Zustimmungserfordernisse	305
(a) Zustimmungserfordernisse im Wesentlichen nicht im individuellen Interesse	306
aa) Individuelles Interesse bei § 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG	306
bb) Folgen der Entkoppelung einer fehlenden Zustimmung von individualrechtlichen Folgen	307
(b) Wahrung kollektiver Interessen bei den übrigen Zustimmungserfordernissen	308
aa) Anknüpfung an das Betriebsverfassungsstatut	308
bb) Rechtsfolgen für den trotz fehlender Zustimmung geschlossenen Arbeitsvertrag	308
2. Abschluss des Arbeitsvertrages	309
a) Form und Nachweis des Arbeitsvertrages	309
(1) Anknüpfung der Form gemäß Art. 11 EGBGB	309
(a) Gewöhnliche Anknüpfung im Arbeitsvertragsrecht	309
(b) Problematik der Anwendung des Art. 11 EGBGB	310
(2) Formlosigkeit und Nachweis im deutschen Recht	310

(a) „Anwendungsbereich“ der Richtlinie 91/533/EWG	310
aa) Anwendung auf Arbeitsvertrag, der mitgliedstaatlichem Recht unterliegt	311
bb) Arbeitsverhältnis in dem Recht eines Mitgliedstaates definiert	311
cc) Verknüpfung dieser beiden Kriterien	311
(aa) Tätigkeit bei Arbeitgeber im Gemeinschaftsgebiet?	311
(bb) Schutz des Arbeitnehmers als Auslegungskriterium	312
dd) Einschränkung auf Tätigkeiten innerhalb der Gemeinschaft und einem mitgliedstaatlichen Recht unterliegende Arbeitsverträge	313
ee) Arbeitsverhältnis nach dem Recht des betroffenen Mitgliedstaates	313
(b) Internationaler Anwendungsbereich des Nachweisgesetzes	314
aa) Anwendung der allgemeinen Prinzipien	314
bb) Anwendung bei nach Art. 30 EGBGB anwendbarem Recht eines Mitgliedstaates	314
cc) Anwendung bei nach Art. 30 EGBGB anwendbarem Recht eines Drittstaates	315
b) Erfordernisse für den Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse	315
(1) Formerfordernis	315
(2) Sachliche Anforderungen an die Befristung	316
(a) Durchsetzung arbeitsmarktpolitischer Aspekte	317
(b) Durchsetzung arbeitnehmerschützender Aspekte	319
aa) Anwendung des Arbeitsvertragsstatuts	319
bb) International zwingende Anwendung	319
(aa) Auslegung des § 14 TzBfG aufgrund der innerstaatlichen Interessen	319
α) Analyse der nationalen Interessen	319
β) Vereinbarkeit einer solchen auf nationalen Interessen beruhenden Anwendung mit der Dienstleistungsfreiheit	320
γ) Schwierigkeiten der Durchsetzung	321
(bb) Richtlinienkonforme Auslegung	322
cc) Rückgriff auf den ordre public	324
c) Abschluss von Arbeitsverträgen mit Minderjährigen	325
III. Die Durchführung des Arbeitsverhältnisses	325
1. Pflichten des Arbeitnehmers	326
a) Die Hauptpflicht des Arbeitnehmers	326
(1) Anwendung des Arbeitsvertragsstatuts	326
(2) Anwendung öffentlich-rechtlicher, die Tätigkeit beschränkender Normen	327
(a) Grundsatz der territorialen Anwendung	327
(b) Einschränkungen	328
aa) Einseitige Grenzziehung	328
bb) Materiellrechtliche Einschränkungen	329
cc) Materiellrechtliche Verknüpfungen der Normen des Arbeitsvertragsstatuts mit den Normen des Arbeitsortes	330

(c) Einzelfälle.....	331
aa) Arbeitsschutz.....	331
(aa) Territoriale Anknüpfung.....	331
(bb) Konkretisierung der territorialen Anknüpfung.....	332
(cc) Besonderheiten bei Unfallverhütungsvorschriften.....	334
α) Anwendung nach dem allgemeinen Anwendungsbereich des deutschen Sozialversicherungsrechts.....	334
β) Ausdehnung des Anwendungsbereiches durch § 16 Abs. 2 SGB VII.....	334
γ) Verhältnis von § 16 Abs. 2 SGB VII zur Verordnung (EWG) Nr. 1408/71.....	335
δ) Verhältnis des § 16 Abs. 2 SGB VII zu den Grundfreiheiten.....	337
bb) Arbeitszeit.....	337
(aa) Rechtsprechung zur AZO und Übertragung auf das ArbZG.....	338
(bb) Auslegung der Richtlinie 2003/88/EG.....	338
(cc) Sektorspezifische gemeinschaftsrechtliche Regelungen.....	339
α) Straßenverkehr.....	339
β) Arbeitszeit der Seeleute.....	341
cc) Sonn- und Feiertage.....	342
(aa) Territoriale Anwendung des Arbeitsverbots an Sonn- und Feiertagen.....	342
(bb) Entgeltfortzahlung an Feiertagen.....	342
(3) Anwendung sonstiger, die Tätigkeit beschränkender Regelungen.....	344
(a) Mindesturlaub nach dem BUrlG.....	344
aa) Regelung in § 7 Abs. 1 Nr. 2 AEntG.....	344
(aa) Anwendungsbereich.....	344
(bb) Vereinbarkeit mit den Grundfreiheiten.....	344
bb) Die Regelung des BUrlG.....	345
cc) Vorgaben der Richtlinie 2003/88/EG.....	348
(aa) Territoriale Anwendung aufgrund der Vorgaben der Richtlinie.....	348
(bb) Umfang der territorialen Anwendung.....	349
dd) Umsetzung in das deutsche Recht.....	350
(b) Urlaub für bestimmte Arbeitnehmergruppen, Arbeitsfreistellungen, Ruhen des Arbeitsverhältnisses und Beschäftigungsverbote.....	351
aa) Zusatzurlaub für Schwerbehinderte.....	351
(aa) Anwendung des § 7 Abs. 1 Nr. 2 AEntG?.....	351
(bb) Anwendungsbereich des § 125 Abs. 1 SGB IX im Übrigen.....	352
bb) Mindesturlaub für Jugendliche.....	353
cc) Familienpolitisch begründete Tätigkeitsunterbrechungen.....	354
(aa) Freistellungsanspruch gemäß § 45 Abs. 3 S. 1 SGB V.....	355
α) Der Anspruch auf Freistellung.....	355
β) Akzessorische Anknüpfung?.....	355
γ) Einfluss der Richtlinie 96/34/EG.....	356

δ) Fehlendes Ordnungsinteresse im Hinblick auf den Pflegekrankengeldanspruch.....	357
(bb) Anspruch auf Elternzeit gemäß § 15 BErzGG.....	357
dd) Arbeitsfreistellungen und Ruhen des Arbeitsverhältnisses im öffentlichen Interesse	360
ee) Beschäftigungsverbote	361
(aa) Infektionsschutzgesetz	361
(bb) Mutterschutzgesetz.....	362
α) Beschäftigungsverbot	362
β) Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	362
ff) Auswirkungen eines Arbeitskampfes auf die Pflichten aus dem Arbeitsvertrag	364
(c) Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit gemäß § 8 TzBfG.....	364
b) Nebenpflichten des Arbeitnehmers	365
(1) Anwendung des Arbeitsvertragsstatuts.....	365
(2) International zwingende Anwendung der §§ 74 ff. HGB?.....	367
c) Pflichten im Falle von Leistungsstörungen.....	369
(1) Die Haftung des Arbeitnehmers.....	370
(a) Haftungseinschränkung	370
(b) Gewährung eines Rückgriffsanspruchs	370
(2) Einschränkung der Haftung bei Personenschäden nach den §§ 104 ff. SGB VII.....	372
(a) Art. 93 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71	372
(b) Anwendung in sonstigen Fällen	373
2. Pflichten des Arbeitgebers	375
a) Entgeltzahlung	376
(1) Höhe des Entgelts	376
(a) Gesetzliche Entgeltregelungen.....	376
(b) Lohnwucher.....	377
aa) § 138 BGB	377
bb) Deliktische Ansprüche	378
(c) Diskriminierende Entgeltregelungen	379
(2) Die Zahlung des Entgelts.....	379
(3) Abrechnung des Entgelts.....	380
(4) Entgeltfortzahlung.....	381
(a) Entgeltfortzahlung aus sozialpolitischen Gründen	381
(b) Entgeltfortzahlung bei Heranziehung des Arbeitnehmers zu Leistungen zugunsten der Allgemeinheit.....	382
(5) Entgeltschutz	383
(a) Aufrechnungsverbot	383
(b) Abtretungsverbot.....	384
b) Nebenpflichten und Sekundäransprüche.....	385
(1) Regelmäßige Anknüpfung nach dem Arbeitsvertragsstatut.....	385
(2) Überlagerung durch das öffentlich-rechtliche Arbeitsschutzrecht	385
(3) Gleichbehandlungsgebote.....	385
(a) Besondere Diskriminierungsverbote	386
aa) Diskriminierungsverbote, die bereits für die Einstellung gelten	386

bb) Diskriminierungsverbot von befristet und Teilzeitbeschäftigten	386
cc) Diskriminierung von Mitgliedern von Betriebsverfassungsorganen	386
(b) Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz	387
aa) Keine Erfassung durch § 7 Abs. 1 Nr. 7 AEntG	387
bb) Betriebsbezogenheit?	388
cc) Gleichbehandlung der Arbeitnehmer als Teil der betrieblichen Ordnung?	389
dd) Durchsetzung über den <i>ordre public</i> ?	390
(4) Sekundäransprüche des Arbeitnehmers	391
(c) Mitbestimmung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen	391
3. Arbeitnehmerüberlassung und Betriebsübergang	392
a) Arbeitnehmerüberlassung	392
b) Betriebsübergang	393
(1) Anwendung des Arbeitsvertragsstatuts	394
(a) Individualvertragliche Anknüpfung	394
(b) Betriebseinheitliche Anknüpfung?	394
(c) Anknüpfung betriebsverfassungs- und tarifvertragsrechtlicher Folgen des Betriebsübergangs	395
(2) Berücksichtigung des „Anwendungsbereichs“ der Richtlinie 2001/23/EG	396
IV. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	399
1. Allgemeine Regelungen des Kündigungsrechts	399
a) Kündigungsfristen	400
(1) Allgemeine Kündigungsfristen	400
(2) Verkürzte Kündigungsfristen in der Insolvenz	400
b) Schriftform der Kündigung	401
(1) Art. 34 EGBGB erfasst auch Art. 11 EGBGB	402
(2) Mit § 623 BGB verfolgte Interessen	402
(a) Öffentliches Interesse an der Entlastung der Arbeitsgerichte	403
(b) Schutz der Rechtssicherheit und Warnfunktion	403
(3) Das Schriftformerfordernis in § 4 S. 1 KSchG	405
c) Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund	405
d) Kündigungsrecht gemäß § 15 Abs. 4 TzBfG	406
e) Beteiligung des Betriebsrats	406
2. Kündigungsschutz	408
a) Der allgemeine Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz	408
(1) Der allgemeine Kündigungsschutz nach den §§ 1 ff. KSchG	408
(a) Betriebsbezogenheit des Kündigungsschutzgesetzes?	409
aa) Betriebsbezogenheit aus § 23 Abs. 1 KSchG ableitbar?	410
bb) Besonderheiten bei den einzelnen Kündigungsgründen	410
(aa) Betriebsbedingte Kündigung	410
(bb) Personen- und verhaltensbedingte Kündigung	412
cc) Verknüpfungen mit dem Betriebsverfassungsrecht	412
dd) Verknüpfung mit dem Verfahrensrecht	412

ee) Verknüpfung mit dem Sozialrecht	413
ff) Ergebnis	414
(b) Für eine international zwingende Anwendung sprechende Interessen	414
(2) Die anzeigepflichtigen Entlassungen nach den §§ 17 ff. KSchG	415
b) Der allgemeine Kündigungsschutz außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes	416
c) Der besondere Kündigungsschutz bestimmter Arbeitnehmergruppen	417
(1) Kündigungsverbot nach § 9 MuSchG	417
(2) Kündigungsschutz nach §§ 85 ff. SGB IX	417
(3) Kündigungsverbot nach § 15 KSchG	419
(4) Kündigungsverbot nach § 2 ArbPISchG	419
(5) Kündigungsverbot nach § 45 Abs. 1a S. 3 DRiG	420
(6) Kündigungsschutz nach § 18 BErzGG	420
2. Regelungen über nachvertragliche Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	420
a) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	420
b) Betriebliche Altersversorgung	421
V. Ergebnis	422
1. Einfluss des nationalen Rechts	422
2. Einfluss des Gemeinschaftsrechts	423
3. Nur geringe Einschränkungen durch die Grundfreiheiten	424
4. Ausblick	424
Literaturverzeichnis	427
Sachverzeichnis	457

Einleitung

Das Arbeitsrecht ist zum Schutz der Arbeitnehmer in der Mehrzahl der Rechtsordnungen in weiten Bereichen durch zwingende Vorschriften ausgestaltet.¹

Bei internationalen Arbeitsverhältnissen besteht jedoch die Gefahr, dass der Arbeitnehmer durch die Anwendung einer fremden Rechtsordnung – nach inländischem Verständnis – nicht hinreichend geschützt wird. Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, dass das internationale Privatrecht auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in Art. 6 EVÜ² bzw. des diese Vorschrift umsetzenden Art. 30 EGBGB als Teil des allgemeinen internationalen Schuldvertragsrechts geregelt ist und den Vertragsparteien daher grundsätzlich die freie Rechtswahl gewährt.

Wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers wird – wie dies auch für andere besonders schutzbedürftige Vertragsparteien wie die Verbraucher gilt – die Wirkung einer Rechtswahl aber eingeschränkt und bei fehlender Rechtswahl eine besondere Anknüpfung gewählt. Nach Art. 6 Abs. 2 EVÜ bzw. Art. 30 EGBGB wird das anzuwendende Recht an den Ort der gewöhnlichen Verrichtung der Arbeit bzw. bei fehlender gewöhnlicher Tätigkeit in ein und demselben Staat an den Ort der Niederlassung, die den Arbeitnehmer eingestellt hat, angeknüpft. Bei Bestehen enger Verbindungen zu dem Recht eines anderen Staates ist dessen Recht anzuwenden. Bei Wahl eines anderen als des objektiv angeknüpften Rechts bleibt dem Arbeitnehmer der Schutz der zwingenden Vorschriften dieses Rechts gemäß Art. 6 Abs. 1 EVÜ bzw. Art. 30 Abs. 1 EGBGB erhalten.

Im Regelfall führt diese Anknüpfung dazu, dass dem Arbeitnehmer – auch wenn an sich ein anderes Recht anwendbar ist – die zwingenden Vorschriften des Rechts seines gewöhnlichen Beschäftigungsortes zugute kommen. Insbesondere die Ausweitung des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb des EWR hat jedoch dazu geführt, dass vielfach Arbeitnehmer zeitweise ihre Arbeit in einem anderen Staat ausüben, ohne dass dieser

¹ In einzelnen Bereichen können auch zwingende Vorschriften zugunsten des Arbeitgebers bestehen (Höchsttarifsbedingungen), siehe dazu *Junker*, Internationales Arbeitsrecht im Konzern, S. 266 f. Dies ist aber nicht der Regelfall.

² Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980, BGBl. 1986 II, S. 810 in der Fassung des 3. Beitrittsübereinkommens vom 29. November 1996 (BGBl. 1999 II, S. 7).

dann als gewöhnlicher Arbeitsort im Sinne des Art. 6 Absatz 2 a) EVÜ bzw. Art. 30 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB bezeichnet werden könnte. Die Vorschriften des Beschäftigungsortes bleiben dann grundsätzlich unberücksichtigt.

Es kann jedoch ein erhebliches Interesse des Staates des Arbeitsortes bestehen, einzelne seiner Vorschriften auch bei ausländischem Arbeitsvertragsstatut anzuwenden.³ Dieses Interesse an der Anwendung einzelner Normen lässt sich rechtstechnisch über die Qualifikation dieser Normen als international zwingende Vorschriften (Eingriffsnormen)⁴ im Sinne des Art. 7 Abs. 2 EVÜ⁵ bzw. Art. 34 EGBGB erreichen.

In weiten Bereichen nicht geklärt ist, welchen konkreten Vorschriften ein solcher Charakter zuzuerkennen ist. Die Beantwortung dieser Frage setzt zunächst eine Klärung voraus, ob Interessen des Einzelnen überhaupt geeignet sind, einer Norm den Charakter einer international zwingenden Vorschrift zu geben, wie dies für Normen zum Schutz öffentlicher Interessen der Fall ist. Diese Fragestellung besitzt im Arbeitsrecht eine besondere Relevanz, da sich hier die Frage stellt, ob der Individualschutz nicht bereits durch Art. 6 EVÜ bzw. Art. 30 EGBGB abschließend geregelt ist und insoweit nur noch die Durchsetzung öffentlicher Interessen möglich ist oder ob auch individualschützende Vorschriften unter Art. 7 EVÜ bzw. Art. 34 EGBGB fallen können. Selbst bei Zugrundelegung der erstgenannten Ansicht bleibt immer noch die schwierige Frage, ob es im öffentlichen Interesse an einer bestimmten Arbeitsmarktordnung liegt, auch individualschützende Normen durchzusetzen.

In den letzten Jahren hat sich darüber hinaus gezeigt, dass der Einfluss des Gemeinschaftsrechts für die international zwingende Anwendung des deutschen Rechts sehr bedeutsam ist. Zum einen kann die Anwendung zwingender Vorschriften dazu führen, dass der freie Dienstleistungsverkehr innerhalb der EG⁶ unzulässig beschränkt würde.⁷ Zum anderen kann

³ In Einzelfällen wird auch die Anwendung zwingender Vorschriften eines anderen Staates als desjenigen des Arbeitsortes in Betracht kommen.

⁴ Zur Terminologie *Junker* IPRax 2000, 65, 66 und unten S. 17.

⁵ Artikel 7 Abs. 1 EVÜ soll zunächst außer Betracht bleiben.

⁶ Dies gilt gleichermaßen im Rahmen des EWR-Abkommens vom 2. Mai 1992 in der Fassung des Anpassungsprotokolls vom 17. März 1993 für das Gebiet des EWR. Im Verhältnis zur Schweiz gilt seit dem 1. Juni 2002 das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (Art. 5 und Anh. I Art. 17 ff.) (ABl. EG 2002 Nr. L 114, S. 6; Inkrafttreten ABl. EG 2002 Nr. L 114, S. 480). Die Assoziierungsabkommen enthalten im Allgemeinen beschränkte Diskriminierungsverbote, die gegebenenfalls auch zu berücksichtigen sind, siehe z.B. das Urteil des EuGH Slg. 2003, I-4135, 4169.

⁷ Genannt seien hier insbesondere die Urteile des EuGH vom 23. November 1999 (Slg. 1999, I-8453) und vom 15. März 2001 (Slg. 2001, I-2189). Auch für das Arbeit-

bei der Auslegung nationaler Vorschriften zu beachten sein, dass diese auf gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben beruhen und den nationalen Umsetzungsakten bei einer gemeinschaftsrechtskonformen Auslegung ein international zwingender Charakter zuzuerkennen ist.⁸

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der bislang im Arbeitsrecht weitgehend vernachlässigte Gesichtspunkt der nach Art. 36 EGBGB erforderlichen einheitlichen Auslegung des Begriffes der international zwingenden Normen gemäß Art. 34 EGBGB neue Bedeutung.

Diese Aspekte geben Anlass, den zwingenden Charakter arbeitsrechtlicher Normen (neu) zu untersuchen. Ziel wird es dabei sein, nicht nur⁹ nach allgemeinen Kriterien festzustellen, welchen Normen ein solcher Charakter zukommen kann¹⁰ und welchen Einfluss das Gemeinschaftsrecht besitzt,¹¹ sondern aufgrund der gefundenen Ergebnisse festzustellen, welchen konkreten Normen des deutschen Arbeitsrechts einschließlich des unmittelbar anwendbaren Gemeinschaftsrechts eine international zwingende Wirkung beizumessen ist.¹² Ausländische Normen werden dabei insoweit zu berücksichtigen sein, als sie auch für die Auslegung des deutschen Rechts von Relevanz sind.¹³ Gerade im Arbeitsrecht sind die Rechtsordnungen allerdings so unterschiedlich, dass die Wertungen eines anderen Rechts häufig nur sehr eingeschränkt auf das deutsche Recht übertragen werden können.

nehmerentsendegesetz ergaben sich ähnliche Fragestellungen, siehe insbesondere das Urteil des EuGH vom 24. Januar 2002 (Slg. 2002, I-787).

⁸ So hat der EuGH außerhalb des Arbeitsrechts die Handelsvertreterrichtlinie dahingehend ausgelegt, dass der dort gewährte Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters bei Beendigung des Vertragsverhältnisses bei Tätigkeit innerhalb der EG international zwingend ist (Slg. 2000, I-9305). In Deutschland war der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters zuvor im Allgemeinen nicht für international zwingend gehalten worden (vgl. *Baumbach/Hopt*, Handelsgesetzbuch, 30. Auflage, § 92c Rdnr. 1 sowie nunmehr in der 31. Auflage § 92c Rdnr. 10 und *Freitag/Leible* RIW 2001, 287, 288 f.). Siehe zuletzt ausführlich zum Einfluss des EG-Rechts in diesem Zusammenhang *Fetsch*, Eingriffsnormen und EG-Vertrag. Für das Arbeitsrecht vgl. den kurzen Überblick bei *Taschner*, Arbeitsvertragsstatut und zwingende Bestimmungen nach dem Europäischen Schuldvertragsübereinkommen, S. 271 ff.

⁹ In diese Richtung zum Beispiel *Stoll*, Eingriffsnormen im Internationalen Privatrecht.

¹⁰ Siehe unten S. 5 ff.

¹¹ Siehe unten S. 167 ff.

¹² Siehe unten S. 265 ff.

¹³ Siehe zu einer rechtsvergleichenden Darstellung der einzelnen Rechtsordnungen *Taschner*, Arbeitsvertragsstatut und zwingende Bestimmungen nach dem Europäischen Schuldvertragsübereinkommen, S. 276 ff.

Kapitel 1

Begriff der international zwingenden Normen nach Art. 34 EGBGB/Art. 7 EVÜ

I. Art. 34 EGBGB im System des internationalen Schuldvertragsrechts

Das internationale Schuldvertragsrecht – wie es sich nach Inkrafttreten des EVÜ bzw. der dieses umsetzenden Art. 27 ff. EGBGB im gesamten Bereich der EG¹⁴ darstellt – beruht auf der Anerkennung der Möglichkeit der Rechtswahl gemäß Art. 27 Abs. 1 EGBGB und im Fall des Fehlens einer Rechtswahl auf der Anknüpfung an das Recht des Staates der engsten Verbindung (Art. 28 Abs. 1 EGBGB).

Die in diesen Kollisionsnormen enthaltenen allseitigen Anknüpfungen führen vielfach zur Anwendung fremden Rechts. Es kann dann aber sein, dass eine solche Anwendung fremden Rechts zu unerwünschten Ergebnissen führt.¹⁵ Als nicht in allen Bereichen akzeptabel erweist sich dabei insbesondere, dass auch das nach nationalem Recht zwingende Recht durch eine entsprechende Rechtswahl oder auch durch die objektive Anknüpfung nach Art. 28 EGBGB verdrängt wird.¹⁶

1. Regelungsmethoden zur Vermeidung der Anknüpfung an ein ausländisches Recht

Zur Vermeidung eines solchen Ergebnisses sieht das geltende internationale Privatrecht unterschiedliche Regelungsansätze vor.¹⁷

¹⁴ Für die zehn am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten ist das EVÜ noch nicht in Kraft getreten, das Beitrittsübereinkommen vom 14. April 2005 (ABl. EU Nr. C 169, S. 1) sieht aber eine unveränderte Übernahme des EVÜ auch durch diese Mitgliedstaaten innerhalb einer kurzen Ratifizierungsfrist (siehe die Gemeinsame Erklärung der Hohen Vertragsparteien zu dem Beitrittsübereinkommen, ABl. EU Nr. C 169, S. 9) vor.

¹⁵ Vgl. Staudinger/*Magnus* Art. 27 EGBGB Rdnr. 24 f., 26 ff.

¹⁶ Vgl. *Kegel/Schurig*, Internationales Privatrecht, § 18 I 1 c (S. 654).

¹⁷ Hinzuweisen bleibt auch auf die Einschränkungen der Rechtswahl bei gemäß Art. 37 S. 1 Nr. 4 EGBGB von den Art. 27 ff. EGBGB nicht erfassten Versicherungsverträgen (unter Vorbehalt der Regelung des Art. 15 EGVVG), für die Art. 8 EGVVG

a) Rein nationale Sachverhalte

Zunächst werden die (intern) zwingenden Bestimmungen des Rechts des Staates, mit dem der zu beurteilende Sachverhalt mit Ausnahme einer Rechtswahl und einer eventuellen Gerichtsstandsvereinbarung als einziger Rechtsordnung verbunden ist, durch eine solche Rechtswahl gemäß Art. 27 Abs. 3 EGBGB nicht berührt.¹⁸

b) Abweichende objektive Anknüpfung

Des Weiteren werden in bestimmten Bereichen, in denen eine Partei besonders schutzbedürftig erscheint, die objektiven Anknüpfungen abweichend von der Regelanknüpfung des Art. 28 EGBGB vorgenommen. Dies gilt nach Art. 29 Abs. 2 und Art. 30 Abs. 2 EGBGB für Verbraucher- und Arbeitsverträge. Zwischen Art. 29 Abs. 2 EGBGB und Art. 30 Abs. 2 EGBGB besteht allerdings – unabhängig von dem durch die einzelnen Rechte objektiv gewährten Schutz – insoweit ein Unterschied, als bei Art. 29 Abs. 2 EGBGB die Anknüpfung an das Recht des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts des Verbrauchers diesem die Anwendung des ihm vertraute(re)n Heimatrechts anstelle des sonst regelmäßig nach Art. 28 Abs. 2 EGBGB anwendbaren Heimatrechts des Vertragspartners gewährt, während bei Art. 30 Abs. 2 EGBGB die primäre Anwendung des Rechts des Arbeitsortes für den Arbeitnehmer gegenüber der Anwendung des

grundsätzlich keine Rechtswahl und Art. 9 EGVVG nur bei bestimmten Beziehungen zu mehreren Staaten entweder die Wahl des Rechts eines dieser Staaten oder jedes beliebigen Staates zulässt (Erweiterungen der Rechtswahlmöglichkeit in Art. 10 EGVVG).

¹⁸ Inwiefern eine Rechtswahl in einem Fall des Art. 27 Abs. 3 EGBGB nur eine materiellrechtliche oder auch eine kollisionsrechtliche Wirkung hat, ist umstritten (vgl. MünchHdbArbR/*Birk* § 20 Rdnr. 5 einerseits und *Staudinger/Magnus* Art. 27 EGBGB Rdnr. 115 andererseits, jeweils m.w.N.), wird aber im Regelfall nicht zu unterschiedlichen Ergebnissen führen (vgl. *Junker*, Internationales Arbeitsrecht im Konzern, S. 250). Ob eine Ausnahme für den von *Junker* genannten Beispielsfall des Bestehens einer Lücke im gewählten Recht besteht, erscheint fraglich. In diesem Fall kann sich die Wahl des fremden Rechts durchaus auch auf die (materiellrechtlichen) Regeln des gewählten Rechts zur Schließung von Lücken beziehen, insbesondere wenn die (materiell) gewählten Rechtsnormen (unter dem Vorbehalt der nach Art. 27 Abs. 3 EGBGB nicht abwählbaren zwingend anzuwendenden Vorschriften) grundsätzlich die Gesamtheit der Rechtsnormen dieser Rechtsordnung umfassen (vgl. auch *Garofalo* *Rivista di diritto internazionale privato e processuale* 1996, 469, 481 f.). Zum Verhältnis des Art. 27 Abs. 3 EGBGB zu Art. 30 EGBGB siehe S. 91 ff. Siehe dort auch zu einer möglichen Relevanz der Fragestellung für die Anwendung zwingender Bestimmungen der gewählten Rechtsordnung bei entgegenstehenden Parteiabreden. Siehe auch *Mäsch*, Rechtswahlfreiheit und Verbraucherschutz, S. 80 ff. zu den unterschiedlichen Konsequenzen für die Einbeziehung ausländischen Rechts durch AGB. Für den Bereich des Arbeitsrechts gewinnt diese Frage bei nach Art. 27 Abs. 3 EGBGB anwendbarem deutschem Recht durch die Öffnung des Arbeitsvertragsrechts für die AGB-Kontrolle durch § 310 Abs. 4 BGB an Gewicht.

Recht seines gewöhnlichen Aufenthalts gemäß Art. 28 Abs. 2 EGBGB nicht generell als vorteilhaft bezeichnet werden kann.¹⁹ Dies gilt insbesondere bei Einstellungen im Inland für (zeitlich befristete) Tätigkeiten im Ausland.

c) Rechtswahlfestigkeit der Schutzbestimmungen des objektiv angeknüpften Rechts zugunsten der schwächeren Partei

Der Schutzgedanke wird von Art. 29 Abs. 1 und Art. 30 Abs. 1 EGBGB dann aber deutlich dadurch wieder ausgesprochen, dass sie die zwingenden Bestimmungen dieses so objektiv angeknüpften Rechts für rechtswahlfest erklären.

d) Durchsetzung von Verbraucherschutznormen durch Art. 29a EGBGB

Außerhalb des Regelungsbereichs des EVÜ sieht der im Jahr 2000 in die Regelung des internationalen Schuldvertragsrechts in den Art. 27 bis 37 EGBGB eingefügte Art. 29a EGBGB die Anwendung der Umsetzungsvorschriften bestimmter verbraucherschützender EG-Richtlinien ungeachtet des auf den Vertrag anzuwendenden Rechts beim Bestehen eines (in Art. 29a Abs. 2 EGBGB näher definierten) engen Zusammenhangs mit dem Gebiet des EWR vor. Eine entsprechende Regelung für die Anwendung arbeitnehmerschützender EG-Richtlinien fehlt.²⁰

Neben diesen sektorspezifischen Regelungen bestehen zwei weitere Institute, die die Anwendung eines fremden Rechts überlagern können.

e) Ordre public

Soweit die Anwendung einer Norm eines fremden Rechts zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich nicht vereinbar ist, ist diese Norm nicht anzuwenden ([negativer]²¹

¹⁹ Siehe auch *Calligaro*, Le contrat international de travail, compétence législative, S. 164 und dort auch S. 164 ff. zu Versuchen in Frankreich, der Ausweichklausel des Art. 6 Abs. 2 am Ende EVÜ einen Schutzgedanken zugunsten des Arbeitnehmers zuzuerkennen; diese Versuche sind in Deutschland ohne Resonanz geblieben und erscheinen auch nicht gerechtfertigt.

²⁰ Zur Frage der internationalprivatrechtlichen Berücksichtigung von (arbeitsrechtlichen) EG-Richtlinien siehe S. 223 ff.

²¹ Der (früher) sogenannte positive *ordre public* der zwingenden Anwendung bestimmter inländischer Normen ist heute in Art. 34 EGBGB geregelt; vgl. *Keigel/Schurig*, Internationales Privatrecht, § 16 I (S. 516 ff.); *Schurig*, Lois d'application immédiate und Sonderanknüpfung zwingenden Rechts: Erkenntnisfortschritt oder Mystifikation?, S. 65 und *Jayme*, Methoden der Konkretisierung des *ordre public* im Internationalen Privatrecht, S. 28 ff.; siehe zu Art. 34 EGBGB den nachfolgenden Abschnitt; ausführlich in der älteren Literatur unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsrechts *Gamillscheg*, Internationales Arbeitsrecht, S. 66 ff. In Deutschland erlangte der positive *ordre public* im Anschluss an

ordre public, Art. 6 EGBGB). Der *ordre public* hat insoweit eine subsidiäre Funktion, als er erst anwendbar ist, wenn in einem konkreten Fall die Anwendung der ausländischen Norm zu einem solchen nicht tolerablen Ergebnis führt.²² Ist bereits aus einem anderen Grund diese Norm nicht anwendbar (z. B. Anwendung eines günstigeren Rechts gemäß Art. 30 Abs. 1 EGBGB), greift der *ordre public* nicht ein.²³

die Kritik *Kahns* (Die Lehre vom *ordre public* (Prohibitivgesetze)) keine wesentliche Bedeutung, siehe aber *Dölle*, Der *ordre public* im internationalen Privatrecht, S. 403, 406 f., der bestimmte (auch individualschützende) Normen des inländischen Rechts zum (positiven) *ordre public* zählt; siehe auch *Mann*, Sonderanknüpfung und zwingendes Recht im internationalen Privatrecht, S. 611 f.; ebenfalls in die Richtung einer Anwendung des positiven *ordre public* gehend RG IPRspr. 1931 Nr. 7 zur Anwendung des deutschen Abzahlungsgesetzes bei auf den Vertrag anwendbarem niederländischen Recht; zur Kritik siehe *Neumayer*, Zur positiven Funktion der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel, S. 187 ff.; vgl. zu der Entscheidung des RG ohne Problembewusstsein auch LG Karlsruhe IPRspr. 1999 Nr. 32A. Siehe zu der Entscheidung des RG auch *Knüppel*, Zwingendes materielles Recht und internationale Schuldverträge, S. 122 ff. In Deutschland deutete in die Richtung eines positiven *ordre public* Art. 30 EGBGB a.F. mit seiner Unterscheidung des Verstoßes gegen die guten Sitten und gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes, vgl. dazu auch *Raape*, Internationales Privatrecht, S. 95 ff. und die Kritik *Stulz* (JW 1932, 591, 592) an der vorgenannten Entscheidung des RG („Nur weil der Wortlaut des Gesetzes auf den Vertrag zwischen den Parteien anwendbar ist, soll auch sein ‚Zweck‘ i.S. von Art. 30 EGBGB die Anwendung gebieterisch erfordern.“). In diese Richtung auch noch BGH NJW 1979, 488, 489. Eher verwirrend erscheint es demgegenüber, von einer residualen positiven Funktion des *ordre public* bei der Anwendung deutschen Rechts als Ersatzrecht bei der Anwendung des negativen Funktion des *ordre public* zu sprechen, so aber *Weller* IPRax 2003, 520, 522 mit Fußnote 28. Nachweise zu Entscheidungen zum positiven *ordre public* in unterschiedlichen Staaten bei *Neumayer*, Die Notgesetzgebung des Wirtschaftsrechts im internationalen Privatrecht, S. 43. Zu Frankreich siehe *Batiffol/Lagarde*, Droit international privé I, Rdnr. 354 f. Hinzuweisen ist allerdings auf die nicht immer sorgfältige Wortwahl. So deutet trotz der Verwendung des Begriffes „öffentliche Ordnung“ die Formulierung in Art. 3 Abs. 10 1. Gedankenstrich der Richtlinie 96/71/EG vom 16. Dezember 1996, ABl. EG 1997 Nr. L 18, S. 1 eher auf Vorschriften international zwingenden Charakters als auf eine tatsächliche Anwendung des *ordre public* hin; siehe dazu *Orlandini* Argomenti di diritto del lavoro 1999, 465, 481.

²² Zur umstrittenen Frage der Rechtsfolgen der Nichtanwendung einer ausländischen Norm aufgrund des *ordre public* siehe MünchKomm/Sonnenberger Art. 6 EGBGB Rdnr. 90 ff. m.w.N.

²³ In dem hier interessierenden Bereich des Arbeitsrechts hat der *ordre public* daher nur einen eher geringen Anwendungsbereich, vgl. Staudinger/Magnus Art. 30 EGBGB Rdnr. 24 f.; *Junker*, Internationales Arbeitsrecht im Konzern, S. 315 ff.; MünchHdbArbR/Birk § 20 Rdnr. 98, dieser auch zu möglichen Anwendungsfällen im Bereich des Kündigungsschutzes in Rdnr. 101.

f) International zwingende Normen

Art. 34 EGBGB sieht darüber hinaus vor, dass die Art. 27 ff. EGBGB nicht die Anwendung der Bestimmungen des deutschen Rechts, die ohne Rücksicht auf das auf den Vertrag anzuwendende Recht den Sachverhalt zwingend regeln, berühren.²⁴

2. Die grundsätzliche Anerkennung international zwingender Normen

a) Normgehalt des Art. 34 EGBGB

Art. 34 EGBGB setzt damit voraus, dass es (auf Schuldverträge bezogene)²⁵ Normen gibt, deren Anwendung nicht davon abhängt, dass eine der

²⁴ Im Bereich von Versicherungsverträgen, für die nach Art. 37 Nr. 4 EGBGB Art. 34 EGBGB nicht direkt gilt, ist strittig, ob über die Verweisung in Art. 15 EGVVG ebenfalls Art. 34 EGBGB gilt (dagegen z.B. Staudinger/*Armbrüster* Anh 1 zu Art. 37 EGBGB Rdnr. 87; dafür MünchKomm/*Martiny* Art. 37 EGBGB Rdnr. 171, jeweils m.w.N.; *Basel-Dow/Drasch* NJW 1991, 785, 788). Für die Anerkennung einer solchen Möglichkeit spricht eine richtlinienkonforme Auslegung, da die den Art. 7 ff. EGVVG zugrunde liegenden Richtlinien 88/357/EWG (ABl. EG Nr. L 172, S. 1) und 2002/83/EG (ABl. EG Nr. L 345, S. 1), die die Richtlinie 90/619/EWG (ABl. EG Nr. L 330, S. 50) ersetzt, ausdrücklich Art. 7 EVÜ entsprechende Regelungen enthalten (siehe dazu auch *Wördemann*, International zwingende Normen im Internationalen Privatrecht des europäischen Versicherungsvertrages, S. 79 f.; siehe auch § 4 des österreichischen IVVG, das eine entsprechende ausdrückliche Regelung enthält, dazu S. 48). Davon unabhängig ist die Frage, welchen Normen ein entsprechender Charakter zuzuerkennen ist (siehe dazu ausführlich *Wördemann*, International zwingende Normen im Internationalen Privatrecht des europäischen Versicherungsvertrages, S. 111 ff.).

²⁵ Art. 34 EGBGB bezieht sich seiner systematischen Stellung und der Herkunft aus dem EVÜ und dem Wortlaut nach („Dieser Unterabschnitt berührt nicht ...“) nur auf vertragliche Schuldverhältnisse und ist innerhalb dieser auch nicht auf den Fünften Unterabschnitt beschränkt (siehe zur Anwendung auf alle auf das EVÜ zurückgehende Normen *Bamberger/Roth/Spickhoff* Art. 34 EGBGB Rdnr. 5; *Staudinger/Magnus* Art. 34 EGBGB Rdnr. 44; gegen BGHZ 121, 224, 235; siehe zu dem auf das EVÜ zurückgehenden Art. 11 EGBGB unten S. 402). Selbst wenn man der Wortlautargumentation des BGH folgt, kann daraus nicht geschlossen werden, dass es außerhalb des Unterabschnittes keine international zwingenden Normen geben kann. Das Konzept der international zwingenden Normen ist nämlich nicht auf vertragliche Schuldverhältnisse beschränkt. So enthält Art. 12 des Vorschlags für eine Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (KOM(2003) 427 endgültig) eine entsprechende Definition für die außervertraglichen Schuldverhältnisse. Dies zeigt, dass es sich bei den international zwingenden Normen um ein allgemeines internationalprivatrechtliches Konzept handelt (*Bamberger/Roth/Spickhoff* Art. 34 EGBGB Rdnr. 6). Die völkerrechtliche Legitimation für vom EVÜ abweichende Anknüpfungen enthält Art. 7 Abs. 2 EVÜ. Damit kann auch eine deutsche Norm einen vom EVÜ abweichenden (insbesondere ausdrücklich geregelten) Anwendungsbereich haben, ohne dass hierfür Art. 34 EGBGB notwendig wäre. Diskutieren lässt sich dann noch darüber, ob insoweit von Normen im Sin-

Verweisungsnormen der Art. 27 ff. EGBGB über die Bestimmung des anwendbaren Rechts zu ihrer Anwendung führt. Art. 34 EGBGB selbst enthält zunächst einmal nur den Vorbehalt, dass es Fälle geben kann, in denen Normen des deutschen Rechts²⁶ Anwendung finden, ohne dass dieses Recht durch die Art. 27 ff. EGBGB als das anwendbare bezeichnet worden wäre.²⁷ Art. 34 EGBGB ist damit nicht mehr als eine Öffnungsklausel, die selbst keine Anknüpfung enthält.²⁸ Damit ist jedoch noch keine Entscheidung darüber getroffen, welchen Normen im Einzelnen ein solcher Charakter zuzusprechen ist.

Der konkrete Normgehalt des Art. 34 EGBGB (Art. 7 Abs. 2 EVÜ) ist daher – neben der Anerkennung, dass es solche Vorschriften überhaupt geben kann – vor allem unter dem Aspekt des Verhältnisses von nationalen zu staatsvertraglichen Vorschriften zu sehen. Die Vertragsstaaten sind – wegen der staatsvertraglichen Grundlage des Art. 7 Abs. 2 EVÜ (über

ne des Art. 34 EGBGB gesprochen werden soll. Vgl. dazu auch unten Fußnote 446 und S. 237 f.

²⁶ Damit ist die Berücksichtigung auch ausländischer international zwingender Normen nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Der deutsche Vorbehalt gegen Art. 7 Abs. 1 EVÜ, der die Berücksichtigung ausländischer zwingender Vorschriften vorsieht, ändert hieran nach nahezu allgemeiner Auffassung nichts (vgl. Staudinger/*Magnus* Art. 34 EGBGB Rdnr. 110 m.w.N.; *Droste*, Der Begriff der „zwingenden Bestimmung“ in den Art. 27 ff. EGBGB, S. 109 f. mit Fußnote 120 f.). Die Problematik liegt vielmehr darin, welche ausländischen Vorschriften (und auf welche Weise) anzuwenden sind (siehe zum Meinungsstand Staudinger/*Magnus* Art. 34 EGBGB Rdnr. 115 ff.; ausführlich auch *Zeppenfeld*, Die allseitige Anknüpfung von Eingriffsnormen im Internationalen Wirtschaftsrecht, S. 36 ff.). Hier interessiert der Begriff der zwingenden Vorschriften. Dieser ist aber für inländische und ausländische international zwingende Normen grundsätzlich identisch (Staudinger/*Magnus* Art. 34 EGBGB Rdnr. 113). Soweit es um die Frage der Anwendung ausländischer international zwingender Vorschriften geht, bestehen keine Besonderheiten im internationalen Privatrecht des Arbeitsrechts. Vielfach werden jedoch die Normen des Arbeitsortes in diesem Sinn zu berücksichtigen sein, vgl. *Krebber*, Internationales Privatrecht des Kündigungsschutzes bei Arbeitsverhältnissen, S. 300 ff. m.w.N. Die Frage, ob es sich dabei um eine Anwendung oder Berücksichtigung handelt, erscheint dabei aber im Ergebnis wenig relevant, da Art. 7 Abs. 1 EVÜ jedenfalls nicht die bedingungslose Anwendung ausländischer international zwingender Normen erfordert. Siehe auch noch unten S. 128 ff. zu ausländischen Normen des Arbeitsortes, die die Erfüllungsmodalitäten regeln.

²⁷ MünchKomm/*Sonnenberger* Einl IPR Rdnr. 56.

²⁸ Deutlich bei *Sonnenberger* ZVglRWiss 95 (1996), 3, 35 m.w.N. ausgesprochen. Siehe auch *Schurig* RabelsZ 54 (1990), 217, 234. Siehe auch *Mentzel*, Sonderanknüpfung von Eingriffsrecht im Internationalen Vertragsrecht, S. 210: „Blankettnorm“. Siehe auch die Begründung bei *Knüppel*, Zwingendes materielles Recht und internationale Schuldverträge, S. 81 f., der darauf abstellt, dass die Norm nur anordnet, dass das Übereinkommen die Anwendung entsprechender Normen der *lex fori* nicht berühre, ihre Anwendung selbst aber nicht anordne.

Sachverzeichnis

- Abgrenzung der Anwendungsbereiche der nationalen Rechte 238
- Abgrenzung zum *ordre public* 58
- Ableitung des Anwendungsbereichs aus Richtlinien 258
- Abrechnung des Entgelts 380
- abschließende Regelung des internationalprivatrechtlichen Arbeitnehmerschutzes 106
- abschließende Regelung in Art. 30 EGBGB? 94
- Abschluss des Arbeitsvertrages 309, 327
- absolute Durchsetzung von international zwingenden Normen 78
- Abtretungsverbot 384
- akzessorische Anknüpfung 74, 370, 381
- allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz 282, 283, 387, 388, 390
- allgemeinverbindliche Tarifverträge 142
- Allgemeinverbindlicherklärung 105, 131, 139, 145, 146, 152, 154, 169
- Alnati-Entscheidung 38
- analoge Anwendung des Art. 27 Abs. 3 EGBGB 236, 252
- Anerkennung von Entscheidungen 215
- Anforderungen an die Berufsaufnahme 270
- Anknüpfung betriebsbezogener Normen 161
- Anknüpfung individualbezogener betrieblicher Regelungen 162
- Annäherung der Gewährleistungsgehälter der Grundfreiheiten 171
- anwendbares mitgliedstaatliches Recht bei objektiver Verweisung auf drittstaatliches Recht 257
- Anwendung der *lex fori* 13, 244, 249, 258, 263
- Anwendung des Rechts eines Drittstaats aufgrund objektiver Anknüpfung 256
- Anwendung des Rechts eines Mitgliedstaats 232
- Anwendungsbereich gemeinschaftsrechtlicher Normen 210, 211, 224, 238, 240, 241
- Anwendungsbereich nationaler Vorschriften 110, 219
- Anwendungsbereich tarifvertraglicher Normen 133, 135, 169, 395
- Anwendungsbereich von Art. 30 EGBGB 96
- Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts 188, 203
- anzeigepflichtige Entlassungen 415
- Arbeit an Sonn- und Feiertagen 342
- Arbeitnehmerentsendung 36, 91, 100, 116, 131, 157, 167, 168, 169, 170, 182, 183, 184, 207, 209, 321, 322, 328, 337, 344
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 173, 175, 177, 180, 368
- Arbeitnehmerüberlassung 45, 392, 393
- Arbeitsurlaubnis 80, 273, 376
- Arbeitsgenehmigung 271
- Arbeitskampf 364, 382
- Arbeitskampfmaßnahmen 364
- Arbeitskampfstatut 364
- Arbeitsmarkt 43, 44, 47, 78, 80, 90, 103, 104, 112, 159, 173, 180, 269, 271, 274, 276, 277, 293, 300, 301, 317, 318, 363, 364, 368, 378, 415
- Arbeitsschutz 123, 183, 331, 332, 334, 337, 418
- Arbeitsschutzgesetz 331, 332, 336
- Arbeitsschutzrecht 327, 328, 329, 330, 331, 332, 334, 337, 375, 385, 423
- Arbeitsvermittlung 273, 274

- Arbeitszeit 38, 45, 126, 144, 148, 323, 327, 328, 330, 337, 340, 341, 342, 344, 348, 349, 365
- Art und Weise der Erfüllung 123, 124, 126, 127, 130, 148
- Art. 30 EGBGB als *lex specialis* 97, 114
- Aufrechnung 383, 384
- Aufrechnungsverbot 383, 384
- ausdrückliche Regelung des Anwendungsbereichs 53
- Ausdrückliche Umsetzung von Richtlinienvorgaben 229
- Ausgleichsabgabe 277
- ausländische Regelungen der Erfüllung 128
- Auslegung *contra legem* 77
- Auslegung des Art. 20 EVÜ 221, 222
- Auslegung nach völkerrechtlichen Grundsätzen 20
- Auslegungsgrundsätze 20, 22, 23, 111, 223
- Ausrichtung der Begründung des Regierungsentwurfs auf Art. 34 Abs. 1 EGBGB-E 99
- außervertragliche Schuldverhältnisse 9, 21, 25, 90, 192, 212, 213, 214, 222, 234, 252, 254, 268, 269
- Aussperrung 364
- Auswahlentscheidungen 278

- Beendigung des Arbeitsverhältnisses 181, 267, 366, 399, 400, 402, 407, 420
- Befristung 82, 103, 267, 310, 315, 316, 317, 318, 319, 321, 322, 324, 386
- Begriff international zwingende Normen 5
- begriffliche Differenzierung 17
- Begründung des Arbeitsverhältnisses 267, 386, 399
- Belgien 21, 22, 25, 36, 37, 39, 379
- Benachteiligungsverbot 304, 386
- Berücksichtigung der vorherigen Rechtslage 30
- Berücksichtigung des Auslandsbezuges beim *ordre public* 62
- Berufsverbote 272, 273
- Beschäftigungsanspruch 307
- Beschäftigungsverbote 306, 309, 351, 361, 362, 381
- Beschränkungsverbot 167, 172, 173, 174, 176, 180, 181, 191, 193, 368
- Besonderheiten des IPR im Hinblick auf die Grundfreiheiten 189
- Betriebliche Altersversorgung 421
- betriebliche Übung 132
- Betriebs- und betriebsverfassungsrechtliche Normen 150
- Betriebsrat 157, 158, 159, 162, 163, 230, 234, 236, 304, 306, 307, 308, 309, 387, 390, 391, 392, 406, 407, 408, 412
- Betriebsrisikolehre 382
- Betriebsübergang 100, 211, 267, 392, 393, 396, 397, 398
- Betriebsvereinbarungen 132, 161, 164, 165, 368
- Betriebsverfassungsrecht 157, 159, 160, 161, 163, 307, 412
- Betriebsverfassungsstatut 154, 157, 158, 160, 161, 306, 307, 308, 387, 395, 412, 419
- Bewerbung 289
- Binnenmarktkollisionsrecht 190
- Bundesurlaubsgesetz 347, 349, 352, 354

- Code civil 34, 50

- Dänemark 42, 74, 372
- deliktische Ansprüche 214, 269, 369, 370
- Deliktsrecht 212, 252
- Dienstleistungsfreiheit 18, 168, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 182, 195, 197, 201, 203, 205, 206, 207, 208, 320, 321, 322, 333, 337
- Dienstleistungsrichtlinie 208, 272, 424, 425
- Differenzierung nach den geschützten Interessen 54
- Differenzierung zwischen Fällen der Rechtswahl und Fällen fehlender Rechtswahl 98
- direkt anwendbare Normen des Gemeinschaftsrechts 212
- Direktionsrecht 129, 326, 327, 329, 330

- diskriminierende Behandlung
 - ausländischer Koalitionen 196
- Diskriminierung 172, 177, 196, 281, 287, 297, 298, 300, 305, 339, 360, 366, 368, 420
- Diskriminierung nach dem Geschlecht 278, 291, 297, 303
- Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit 191, 302, 368
- Diskriminierung wegen des Alters 298, 299
- Diskriminierung wegen einer Behinderung 297, 298
- Diskriminierungsverbot 2, 59, 142, 170, 171, 172, 174, 176, 177, 180, 189, 193, 195, 196, 213, 278, 279, 280, 282, 283, 285, 286, 287, 288, 289, 292, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 361, 365, 379, 386, 387, 388, 391, 416, 420, 422
- Durchsetzung gegenüber dem Recht eines Mitgliedstaates 250

- Effektivitätsgrundsatz 26, 27, 30
- Einbeziehung bei abweichendem Vertragsstatut 155
- Einfluss des Auslandsbezuges 60
- Einfluss des Gemeinschaftsrechts 2, 167, 423
- Eingriffsnormen 17, 88
- einheitliche Auslegung 17, 19, 20, 25, 29, 31, 52, 109
- Einordnung in ein Gesamtsystem 76
- einschränkende Auslegung des internationalen Anwendungsbereichs 247
- Einschränkung des internationalen Anwendungsbereiches 246
- Einschränkungen des nationalen Regelungsspielraums durch Sekundärrecht 182
- einseitig zwingende Normen 87
- Einstellungsentscheidung 276
- Einstellungsverfahren 278, 304, 392
- Einstellungsverpflichtung 276
- Elternzeit 354, 357, 358, 359, 420
- enge Auslegung von Ausnahmen 28
- England 31, 39, 40, 118

- Entgeltfortzahlung 15, 73, 75, 89, 115, 220, 342, 349, 357, 360, 381, 382, 383, 413
- Entgeltregelungen, gesetzliche 376
- Entgelttrisiko 356, 382
- Entgeltschutz 383
- Entlassung 43, 414, 415
- Entscheidungen auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts 80
- Entsenderichtlinie 8, 12, 18, 41, 45, 82, 116, 155, 169, 183, 207, 208, 237, 259, 260, 266, 322, 344, 345, 386, 387, 423, 424
- Erfüllungsort 124, 125, 126, 128, 129, 331, 347
- Erholungsurlaub 347, 361
- Ermessensausübung des Arbeitgebers 129
- Ermessensentscheidung 131
- Ersatznorm 247
- Erstreckung von Tarifnormen 71
- Europäischer Betriebsrat 236

- Fehlen ausdrücklicher kollisionsrechtlicher Regelungen in arbeitsrechtlichen Richtlinien 225
- fehlende Richtlinienumsetzung durch Mitgliedstaaten 249
- Feiertage 123, 328, 330, 342, 343, 350
- Festschreibung des *status quo ante* 27
- Fischereifahrzeuge 338, 339, 349
- Flaggenstatut 339
- Flexibilisierung des Arbeitsmarkts 78
- Form 134, 213, 309, 310, 377, 399, 403, 404, 405
- Form der Umsetzung von Richtlinienvorgaben 231
- Formerfordernis 315, 399, 404
- Formvorschriften 82, 309, 310, 401, 402, 403
- fragmentarischer Charakter des Gemeinschaftsrechts 233
- Frankreich 7, 8, 12, 23, 24, 34, 35, 36, 50, 118, 135, 137, 415
- Freistellung 354, 355, 356, 357, 360, 370, 371
- Freistellungsanspruch 355, 356, 371
- Fürsorgepflicht des Arbeitgebers 96

- gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für
 die zwingende Durchsetzung 209
 geschützte Interessen 13, 14, 25, 34,
 49, 52, 53, 54, 78, 90, 204, 263, 394,
 409
 geschützte Interessen als
 Auslegungskriterium 14, 16, 52
 Gesundheitsschutz 185, 219, 326, 333,
 339, 347, 348, 349, 353
 Gewerkschaftsangehörigkeit 286, 288,
 289
 Gleichbehandlung 132, 154, 163, 192,
 193, 213, 261, 278, 279, 280, 286,
 292, 293, 297, 299, 352, 355, 385,
 386, 387, 389, 390, 392
 Gleichbehandlungsgrundsatz 132, 133,
 283, 379, 387, 388, 390, 391, 394
 Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen
 der Mitgliedstaaten 238
 Grenzen des Art. 34 EGBGB für
 international zwingende Normen 17
 Gründe für die Anwendung
 individualschützender Normen als
 international zwingende Normen 55
 Grundfreiheiten 22, 65, 146, 167, 168,
 169, 170, 171, 172, 173, 176, 177,
 182, 185, 186, 187, 188, 189, 190,
 191, 192, 193, 194, 195, 196, 198,
 199, 200, 201, 203, 204, 205, 208,
 209, 211, 219, 228, 239, 240, 242,
 259, 263, 266, 279, 320, 321, 325,
 334, 337, 344, 345, 368, 393, 424
 Grundrechte 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63,
 64, 66, 67, 68, 169, 179, 211, 263,
 279, 280, 281, 284, 287, 299, 322,
 365, 366, 367, 370, 422
 grundrechtliche Legitimation einer
 zweiseitig zwingenden Anwendung
 85
 Günstigkeitsprinzip 78, 82, 86, 92, 93,
 103, 125, 146, 148, 149, 150, 161,
 163, 164, 190, 204, 245, 268, 293,
 315, 330
 Günstigkeitsvergleich 54, 70, 83, 86,
 88, 94, 95, 113, 125, 150, 161, 266,
 387, 390
 Güterbeförderung 341
 Haftung bei Personenschäden 372
 Haftung des Arbeitnehmers 369, 370,
 391
 Haftungseinschränkung 369, 370, 371,
 372, 373
 Haftungsfreistellung 74, 371
 Handelsvertreter 3, 83, 84, 227, 246,
 257
 Hauptpflicht des Arbeitnehmers 326
 Heranziehung des Arbeitnehmers zu
 Leistungen 382
 Herkunftslandsprinzip 189, 190, 191,
 192, 208, 272, 425
 Höchstarbeitsbedingungen 1, 146, 149
 Höchstarbeitszeiten 123, 328, 337
 Höhe des Entgelts 376, 379

 Inanspruchnahme durch Dritte 371
 Individualschutz 2, 73, 76, 306
 Infektionsschutzgesetz 361
 Insolvenz 400
 Insolvenzrecht 233, 234
 Insolvenzverfahren 210, 235, 401
 internationale Anwendung der
 Grundrechte 63
 internationale Vorgaben für das
 deutsche Recht 72
 Italien 14, 31, 32, 50, 118

 Jugendliche 351, 352, 353, 354, 361

 Kinder 352, 353, 356, 359
 kohärentes Gesamtsystem 76
 kollektivrechtliche Regelungen 131
 Kollision betrieblicher Normen 164
 Konkurrenz zwischen Art. 30 EGBGB
 und Art. 34 EGBGB 109
 Kontrollmaßstäbe der Grundfreiheiten
 171, 188
 Krankengeld 75
 Krankheit 343, 357
 Kündigung 37, 43, 56, 82, 155, 158,
 160, 277, 280, 286, 310, 315, 358,
 399, 400, 401, 403, 404, 405, 406,
 407, 408, 410, 411, 412, 413, 414,
 416, 417, 419, 420
 Kündigungsfristen 38, 82, 210, 399,
 400, 419
 Kündigungsschutz 56, 57, 105, 158,
 225, 267, 316, 320, 358, 360, 399,
 408, 414, 416, 417, 420

- Kündungsverbot 417, 419, 420
- Leistungen zugunsten der Allgemeinheit 381, 382
- Leistungsstörungen 326, 369
- Leistungsstörungenrecht 80, 271, 382
- Lohnwucher 377, 379
- lois d'application immédiate* 34, 50
- lois d'application nécessaire* 34
- lois de police* 24, 34, 36, 39, 84
- mandatory rules* 39, 115
- materiellrechtliche Reduktion der *lex fori* 246
- Methode der Anwendung 11
- Mindestarbeitsbedingungen 72, 205, 207, 267, 376
- Mindestbedingungen 79, 82, 88, 188, 205, 265
- Mindestentgelt 45, 47, 169, 206, 207, 208, 376
- Mindestharmonisierung 187, 198, 208, 242, 247, 320
- Mindestschutz beim Schutz öffentlicher Interessen 79
- Mindesturlaub 114, 187, 207, 344, 348, 349, 352, 353, 423
- Mindestvorgaben 183, 185, 187, 205, 219, 244
- Mitbestimmungsverfahren 307
- MuSchG 338, 359, 362, 363, 381, 417
- Mutterschaftsgeld 362, 381
- Mutterschutzgesetz 338, 362
- Nachweis des Arbeitsvertrages 309
- Nachweisgesetz 310, 314, 315
- Nebenpflichten des Arbeitnehmers 365
- Niederlande 38, 42, 118
- Niederlassungsfreiheit 170, 171, 172, 173, 175, 177, 178, 180, 181, 189, 197
- Normgehalt des Art. 34 EGBGB 9
- Offenheit des Art. 34 EGBGB für einseitig zwingende Vorschriften 85
- Öffnungsklauselcharakter des Art. 34 EGBGB 10, 17, 19, 52, 85, 86, 95, 114, 117, 118, 147, 259
- Ordnungsinteressen 56, 73, 75, 94, 357, 383
- ordnungspolitische Interessen 53, 55
- ordre public* 7, 8, 15, 16, 19, 33, 37, 38, 39, 42, 50, 56, 58, 60, 62, 63, 68, 72, 80, 106, 130, 131, 133, 146, 147, 195, 211, 215, 216, 247, 251, 271, 276, 286, 289, 290, 294, 296, 297, 308, 309, 320, 324, 325, 347, 355, 356, 359, 367, 370, 372, 378, 390, 400, 406, 416
- Ordre public 7
- Österreich 15, 48
- overriding statutes* 40, 41, 51
- Pfändungsgrenzen 383
- Pflichten des Arbeitgebers 329, 354, 375
- private Arbeitsvermittler 274, 276
- Qualifikationsanforderungen 270
- Rechtfertigungsgründe für Einschränkungen der Grundfreiheiten 176
- Rechtsgedanke des Art. 3 Abs. 3 EVÜ 214
- Rechtsordnungen der Vertragsstaaten des EVÜ 31
- Rechtsprechung zu Art. 29 EGBGB 107
- Rechtswahl 242
- Rechtswahlfestigkeit 7
- Rechtswahlfreiheit 39, 49, 133, 134, 135, 146, 147, 148, 193, 198, 201, 203, 204, 240, 253, 269, 284
- Rechtswahlmöglichkeit 79
- Reduzierung des internationalen Anwendungsbereiches 201
- Regelbeispiele 231
- Regelungen des territorialen „Anwendungsbereiches“ von Richtlinien 225
- Regelungsgegenstand des Art. 32 Abs. 2 EGBGB 123
- Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien 152, 153
- Regierungsbegründung 97
- rein nationale Sachverhalte 6
- Relevanz der einzelnen Grundfreiheiten 172
- Risikoverteilung im Vertrag 382

- Rückgriffsanspruch 370, 371
- Ruhen des Arbeitsverhältnisses 278, 351, 360
- Sanktionierung öffentlichen Rechts 79
- Schriftform 82, 275, 315, 316, 319, 399, 401, 403, 404, 405
- Schriftformerfordernis 403, 405
- Schutz des Arbeitgebers 107
- Schutz des Arbeitnehmers 82, 94, 107, 120, 179, 312, 314, 319, 344, 367, 369, 384, 385
- Schutz öffentlicher Interessen 2, 15, 16, 17, 20, 45, 50, 51, 55, 78, 79, 108, 263
- Schutz von Arbeitnehmern
 - einschränkende Normen 103
- Schutzgesetz 289, 378
- Schutzpflichten 56, 57, 58, 61, 67, 211, 279, 280, 281, 375
- Schwerbehinderte 277, 278, 351, 352, 353, 354, 418
- scope rules* 40, 41, 47
- Seeleute 37, 135, 136, 341
- Seeschifffahrt 341
- Sekundäransprüche 385, 391
- Sekundärrecht 26, 182, 186, 190, 192, 208, 209, 323
- Sozialrecht 100, 165, 413, 422
- Spezialitätsprinzip bei Tarifverträgen 142
- Sprachfassungen 24, 224
- Straßenverkehr 339, 341
- Streik 364
- Systematik 25, 113
- Systematik des internationalen Schuldvertragsrechts 17
- systematische Auslegung 25
- Tarifbindung 138, 139, 142, 152, 154
- tarifdispositives Recht 140, 143, 145, 147
- Tarifvertrag 69, 70, 71, 79, 105, 131, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 162, 163, 164, 169, 179, 195, 221, 284, 328, 338, 339, 356, 364, 368, 376
- tarifvertragliche Normen 70, 71, 72, 79, 81, 137, 139, 140, 141, 143, 144, 145, 146, 147, 153, 154, 156, 161, 164, 266
- tarifvertragliche Normen als international zwingende Normen 141
- tarifvertragliche Normen als Teil der Rechtsordnung 136
- Tarifvertragsrecht 70, 71, 133, 139, 141, 157, 161, 162
- Tarifvertragsstatut 70, 71, 133, 134, 136, 137, 149, 155, 156, 364
- Teilzeitarbeit 279, 323, 365, 386
- Teilzeitarbeitsverhältnis 365
- Teilzeitbeschäftigte 386
- Teilzeitwohnrechte 54
- teleologische Auslegung 26
- TzBfG 282, 301, 304, 310, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 322, 323, 324, 325, 338, 364, 365, 386, 399, 406
- überbetriebliche Einrichtungen 158
- umfassende Regelung durch Gemeinschaftsgesetzgeber 234
- Umgehung 84, 202, 246, 316, 319, 399, 413
- Umsetzung des Gemeinschaftsrechts im Verhältnis zum EVÜ 219
- Umsetzung von Richtlinienvorgaben als gewöhnliche Kollisionsnorm 233
- Umsetzung von Richtlinienvorgaben als international zwingende Norm 232
- Umsetzung von Richtlinienvorgaben durch das nationale Kollisionsrecht 229
- umsetzungbedürftige Normen 216
- Unfallverhütungsvorschriften 333, 334, 335, 336, 337
- Unfallversicherungsrecht 336, 372, 374, 375
- Unfallversicherungsträger 334, 335, 336, 373
- unmittelbar anwendbare grundgesetzliche Bestimmungen 59
- Unmöglichkeit der Arbeitsleistung 343
- Untermaßverbot 57, 61
- Urlaub 45, 131, 187, 345, 346, 347, 348, 349, 351, 353, 360, 361, 382, 418

- Urlaubskassen 168
- verbleibender Anwendungsbereich des Art. 32 Abs. 2 EGBGB 127
- verbleibender Anwendungsbereich des EVÜ 239
- Verbraucherschutz 40, 98, 108, 183, 193, 239, 240, 248, 254, 423
- Verbraucherschutzrecht 7, 35, 45, 96, 245, 248, 258, 275
- Verbraucherschutzrichtlinien 110, 224, 225, 226, 230, 231, 239, 240, 243, 254
- Vereinbarungen gemäß § 17 EBRG 162
- Vereinigungsfreiheit 153
- Vergütung des Urhebers 54
- Verhältnis des Art. 27 Abs. 3 EGBGB zu Art. 30 EGBGB 91
- Verhältnis des Art. 27 Abs. 3 EGBGB zu Art. 34 EGBGB 93
- Verhältnis des Art. 34 EGBGB zu Art. 30 EGBGB 94
- Verhältnis des Art. 34 EGBGB zu Art. 32 Abs. 2 EGBGB 123
- Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 207, 211, 213, 282, 284, 302, 303, 368
- Verringerung der Arbeitszeit 364
- völkerrechtliche Bindungen 11, 18, 72, 223, 239
- völkerrechtskonforme Auslegung 72
- voorangsregels* 42, 44
- Vorbehalt in Art. 7 EVÜ 27
- Vorentwurfs zum EVÜ von 1972 88
- Vorrang des Gemeinschaftsrechts gemäß Art. 20 EVÜ 220
- Vorrang international zwingender Normen gegenüber Art. 32 Abs. 2 EGBGB 127
- vorvertragliche Rechtsbeziehungen 268
- Wahl des Rechts eines Drittstaats 84, 91, 214, 240, 242, 243, 244, 254, 255, 256, 257, 261
- Wehrdienst 278
- Weiterbeschäftigung 278, 406, 407
- Wertung des Art. 30 EGBGB 103
- Wertung des Art. 32 Abs. 2 EGBGB 128
- Wettbewerbsverbot 366, 367, 368, 369, 420
- Wiener Übereinkommen 22
- Wirkung öffentlich-rechtlicher gemeinschaftsrechtlicher Regelungen 221
- Wirkung von international zwingenden Normen bei geschützten individuellen Interessen 81
- Wirtschaftskollisionsrecht 199
- Wortlaut-Auslegung 24
- Wucher 377
- Zahlung des Entgelts 375, 379
- zivilrechtliche Sanktionierung einer unzulässigen Diskriminierung 290
- Zugang zum Beruf 268, 269
- Zugangsbeschränkung 174, 175, 181
- Zusatzurlaub 351, 353
- Zustimmungserfordernisse 305, 306, 308, 309, 385
- Zustimmungserfordernisse zur Einstellung 305
- Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrats 306, 392
- zweiseitig zwingende Normen 82
- Zweitregisterentscheidung 63, 67, 68, 153
- zwingende Gründe des Allgemeininteresses 176, 177, 178, 185, 186, 204
- zwingende Vorschriften gemäß Art. 27 Abs. 3 EGBGB 91

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Athanassopoulou, Victoria*: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. *Band 151*.
- Bälz, Moritz*: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. *Band 158*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- / *Scherpe, Jens M.* (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. *Band 134*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Beulker, Jette*: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. *Band 153*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.

- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Ernst, Ulrich*: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. *Band 148*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaugle, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Handorn, Boris*: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141*.
- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.

- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Hutner, Armin:* Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. *Band 156.*
- Hye-Knudsen, Rebekka:* Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. *Band 149.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*
- Jeremias, Christoph:* Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150.*
- Jung, Holger:* Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77.*
- Junge, Ulf:* Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100.*
- Kadner, Daniel:* Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76.*
- Kannengießer, Matthias N.:* Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
- Kapnopoulou, Elisavet N.:* Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
- Karl, Anna-Maria:* Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
- Karl, Matthias:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Kern, Christoph:* Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135.*
- Kircher, Wolfgang:* Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
- Klauer, Stefan:* Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
- Kleinschmidt, Jens:* Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117.*
- Kliesow, Olaf:* Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
- Köhler, Martin:* Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111.*
- Koerner, Dörthe:* Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
- Kopp, Beate:* Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
- Kronke, Herbert:* Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*
- Landfermann, Hans-Georg:* Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18.*
- Leicht, Steffen:* Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82.*
- Linhart, Karin:* Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147.*
- Linker, Anja Celina:* Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75.*
- Lohmann, Arnd:* Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. *Band 119.*
- Lorenz, Verena:* Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140.*
- Lüke, Stephan:* Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105.*
- Meier, Sonja:* Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68.*
- Melin, Patrick:* Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137.*
- Minuth, Klaus:* Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobilärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24.*
- Mistelis, Loukas A.:* Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73.*

- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Müller, Carsten*: International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. *Band 157*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.
- Neunhoeffer, Friederike*: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106*.
- Nojack, Jana*: Exklusivnormen im IPR. 2005. *Band 152*.
- Pattloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.)*: Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pfäfer, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Rothoef, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122*.
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123*.
- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
- Schärtl, Christoph*: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- : siehe *Basedow, J.*
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
- Schindler, Thomas*: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. *Band 139*.
- Schlichte, Johannes*: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.

- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Schütze, Elisabeth*: Zession und Einheitsrecht. 2005. *Band 155*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Sieghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
- Sonntag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stegmann, Oliver*: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
- Thiele, Christian*: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Wahler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
- Band 2. 1983. *Band 9*.
- Band 3. 1990. *Band 25*.
- Band 4. 1990. *Band 26*.
- Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Wazlawik, Thomas*: Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. *Band 131*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Weller, Matthias*: Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. *Band 143*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschen und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Wurmnest, Wolfgang*: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102*.
–: siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian*: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003.
Band 108.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*
- Zobel, Petra*: Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. *Band 154*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie kostenlos vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet unter www.mohr.de*